



DOKUMENTEN SERVICE



2020 / 2021

Ein Service der Kreishandwerkerschaft Westfalen-Süd



Personal

Baurecht

Förderprogramme

Unternehmensführung

Steuern

Privat

Nur für Innungsmitglieder!

Inhaltsverzeichnis

Personal	5
Baurecht	15
Förderprogramme	20
Unternehmensführung.....	21
Steuern	24
Privat	27

Besuchen Sie uns auch im Internet unter
www.dokumentenservice.net

Informationen, die sich lohnen!

Rund um die Uhr abrufbar: Formulare, Musterverträge, Musteranschreiben und Informationsblätter für verschiedene Rechtsgebiete. Sofort, jederzeit und direkt auf Ihrem Schreibtisch.

Senden Sie einfach eine E-Mail an die folgende Adresse:

[Dokumentennummer]@deutsches-handwerk.org

Wir stellen Ihnen jedes Dokument in dem Format zur Verfügung, welches Sie benötigen, und zwar wahlweise als:

- .doc** Das Dokument kann direkt bearbeitet werden. Achtung: Die Dateien werden häufig durch Sicherheitseinstellungen blockiert, sodass die E-Mail nicht zugestellt werden kann.
- .docx** Das Dokument kann direkt bearbeitet werden. Zum Öffnen von docx-Dateien ist eine Office-Word-Version ab 2007 erforderlich.
- .pdf** Das Dokument kann nur eingeschränkt bearbeitet werden. Unsere pdf-Dateien enthalten jedoch keinen Kopierschutz, sodass der Text kopiert und beispielsweise in eine Word-Datei übertragen werden kann. Zum Öffnen von pdf-Dokumenten wird ein pdf-Reader benötigt, z. B. Adobe Acrobat Reader.

Damit Sie das Dokument in dem gewünschten Format erhalten, ist die Eingabe eines fünfstelligen Codes erforderlich. Die ersten vier Stellen bezeichnen das Dokument und die fünfte Stelle das gewünschte Format.

Geben Sie jeweils keinen weiteren Text und auch keinen Betreff ein. Sie erhalten in wenigen Minuten eine automatisch generierte E-Mail mit dem gewünschten Dokument.

Informationen, die sich lohnen!

Beispiel

Sie möchten das **Dokument 1101** („Befristeter Arbeitsvertrag“) anfordern.

Wenn Sie dieses Dokument als **docx**-Datei erhalten möchten, senden Sie einfach eine E-Mail an **1101x@deutsches-handwerk.org**.

Wenn Sie dieses Dokument als **pdf**-Datei erhalten möchten, senden Sie einfach eine E-Mail an **1101p@deutsches-handwerk.org**.

Sie erhalten das Dokument automatisch als **doc**-Datei, wenn Sie kein Format auswählen, also eine E-Mail senden an **1101@deutsches-handwerk.org**

Alternativ erhalten Sie sämtliche Dokumente als Download auf der Website

www.dokumentenservice.net.

Die Zugangsdaten für den Downloadbereich erhalten Sie von der für Ihren Betrieb zuständigen Interessenvertretung (z. B. Kreishandwerkerschaft, Innung, Berufsverband etc.).

Wichtige Hinweise

Sämtliche Dokumente wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Wir können jedoch keine Haftung auf Vollständigkeit und Richtigkeit übernehmen. Vielmehr sind die Dokumente als Formulierungshilfen zu verstehen. Die Dokumente sollten daher vor der Verwendung sorgfältig geprüft und an die betrieblichen Gegebenheiten angepasst werden. Kompetente Beratung und Unterstützung erhalten Sie bei Ihrer Interessenvertretung.

Der Dokumentenservice ist ausschließlich für berechtigte Nutzer bestimmt. Zu Kontrollzwecken erfolgt daher eine elektronische Erfassung sämtlicher Dokumentenabrufe mit Angaben der abfragenden E-Mail-Adressen. Unberechtigte Abrufe werden mit einem Betrag von 80,00 EUR netto pro Dokument abgerechnet.

Hinweise zum Datenschutz erhalten Sie unter www.dokumentenservice.net/datenschutzinfo. Auf Anfrage senden wir Ihnen diese Hinweise auch postalisch zu.



1. Personal

1.1 Arbeitsverträge allgemein

Nr.	Titel des Dokuments
1101	Befristeter Arbeitsvertrag mit Sachgrund (Tarifbindung)
1102	Elternzeit-Teilzeitvertrag mit Festlegung der Arbeitszeitverteilung
1103	Elternzeit-Teilzeitvertrag
1104	Unbefristeter Arbeitsvertrag
1105	Unbefristeter Arbeitsvertrag (Tarifbindung)
1106	Befristeter Arbeitsvertrag ohne Sachgrund (Tarifbindung)
1107	Befristeter Arbeitsvertrag ohne Sachgrund
1108	Befristeter Arbeitsvertrag mit Sachgrund
1109	Anstellungsvertrag als Elternzeitvertretung
1110	Anstellungsvertrag als Aushilfe
1111	Projektbezogener Arbeitsvertrag
1112	Probearbeitsvertrag
1113	Anstellungsvertrag für geringfügig Beschäftigte
1114	Anstellungsvertrag für geringfügig Beschäftigte (Tarifbindung)
1115	Teilzeitarbeitsvertrag nach betrieblichem Bedarf
1116	Vertrag über freie Mitarbeit
1117	Anstellungsvertrag mit einem leitenden Angestellten
1118	GmbH-Geschäftsführervertrag
1120	Niederschrift der wesentlichen Vertragsbedingungen (Nachweisgesetz)
1121	Anstellungsvertrag für kurzfristig Beschäftigte
1122	Arbeitsvertrag mit Leiharbeitnehmern
1123	Arbeitnehmerüberlassungsvertrag
1124	Anstellungsvertrag für Prokuristen
1125	Anstellungsvertrag für Reinigungskräfte
1126	Vertrag über Abrufarbeit
1127	Unbefristeter Arbeitsvertrag für kaufmännische und technische Angestellte
1128	Befristeter Arbeitsvertrag für kaufmännische und technische Angestellte



Personal

Nr.	Titel des Dokuments
1129	Ehegatten-Arbeitsvertrag
1130	Arbeitsvertrag für angestellte Betriebsleiter (Tariffbindung)
1131	Arbeitsvertrag für angestellte Betriebsleiter
1132	Praktikantenvertrag – freiwilliges Praktikum
1133	Praktikantenvertrag – Pflichtpraktikum
1134	Widerruf von freiwilligen sozialen Leistungen
1135	Ferienjobs für Schüler
1136	Vertrag für ein Gleitzonenarbeitsverhältnis
1138	Verbindliches befristetes Wiedereinstellungsangebot
1139	Übernahme eines Ausbildungsverhältnisses
1140	Jahresarbeitszeitvertrag
1142	Beratervertrag
1143	Handelsvertretervertrag
1145	Arbeitsvertrag nach dem Altersteilzeitgesetz
1146	Erleichterte Befristung ab 52

1.2 Zusatzvereinbarungen zum Arbeitsvertrag

Nr.	Titel des Dokuments
1201	Fortbildungsvertrag mit Rückzahlungsvereinbarung
1202	Kfz-Überlassung an Angestellte
1203	Nutzung des Privat-Pkw für Dienstfahrten
1204	Zusatzvereinbarung zur Altersversorgung
1205	Nutzung von Dienstfahrzeugen
1206	Ergänzung zum Arbeitsvertrag von geringfügig Beschäftigten
1207	Geheimhaltungsvereinbarung
1209	Vereinbarung zur Internet- und E-Mail-Nutzung
1211	Betriebsleitererklärung
1212	Zusatzurlaub für Schwerbehinderte
1213	Verschwiegenheitserklärung
1215	Ergänzungsvereinbarung Arbeitszeitkonto
1216	Vereinbarung zur Regelung flexibler Arbeitszeit



1.3 Abmahnungen

Nr.	Titel des Dokuments
1301	Allgemeines Muster einer Abmahnung
1302	Abmahnung wegen unentschuldigtem Fehlens
1303	Abmahnung wegen Verletzung der Anzeigepflicht im Krankheitsfall
1304	Abmahnung wegen Verletzung der Nachweispflicht im Krankheitsfall
1305	Abmahnung wegen Unpünktlichkeit
1306	Abmahnung wegen alkoholbedingtem Fehlverhalten
1307	Abmahnung wegen unerlaubter Nebentätigkeit
1308	Wiederholte Abmahnung
1309	Letztmalige Abmahnung
1310	Abmahnung nach klagestattgebendem Urteil im Kündigungsschutzprozess
1311	Delegation der Abmahnbefugnis
1312	Checkliste zur Abmahnung
1313	Abmahnung wegen allgemeiner Vertragsverletzung/Schlechtleistung

1.4 Beendigung der Arbeitsverhältnisse

Nr.	Titel des Dokuments
1401	Ordentliche Kündigung
1402	Außerordentliche Kündigung
1403	Änderungskündigung
1404	Vorsorgliche Kündigung aus betrieblichen Gründen
1405	Aufhebungsvertrag
1406	Ausgleichsquittung mit Verzichtserklärung bzgl. der Erhebung einer Kündigungsschutzklage
1407	Checkliste zur betriebsbedingten Kündigung
1408	Checkliste zur personenbedingten Kündigung
1409	Checkliste zur krankheitsbedingten Kündigung
1410	Checkliste zur verhaltensbedingten Kündigung
1411	Checkliste zur Kündigung allgemein
1412	Empfangsbestätigung von Arbeitspapieren

Arbeitsverträge online gestalten

Mit wenigen Klicks zum fix und fertigen Arbeitsvertrag!



**Individuelle Daten eingeben,
Arbeitsvertrag ausdrucken – fertig!**

www.dokumentenservice.net

Arbeitsvertragsgenerator



Nr.	Titel des Dokuments
1413	Kündigung aus Anlass einer langanhaltenden Erkrankung
1414	Kündigung während der Krankheit?
1416	Abwicklungsvertrag
1417	Informationen zur Abfindung

1.5 Zeugnisse

Nr.	Titel des Dokuments
1501	Allgemeines Musterzeugnis
1502	Checkliste Arbeitszeugnis
1503	Zeugnisformulierungen
1504	Mitarbeiterbeurteilung
1505	Zeugnis für die Ausbildungszeit

1.6 Formulare und Informationsblätter

Nr.	Titel des Dokuments
1601	Kündigungsfristen im Arbeitsrecht
1602	Formular zur Sozialauswahl: Kreis der vergleichbaren Arbeitnehmer
1603	Mitarbeiterinformation für den Fall der Erkrankung im Urlaub
1604	Umwandlung eines befristeten Arbeitsvertrags in einen unbefristeten Arbeitsvertrag
1605	Übertarifliche Zulagen
1606	Informationen zum befristeten Arbeitsverhältnis
1607	Informationen zur Kündigung
1608	Informationen zum Mutterschutz
1609	Betriebsnachfolge und Betriebsübergang
1610	Informationen zum Teilzeitarbeitsverhältnis
1612	Checkliste zur Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
1613	Urlaubsbescheinigung
1614	Anmeldung zur Elternzeit
1615	Bestätigung der Elternzeit



Personal

Nr.	Titel des Dokuments
1617	Informationen Elternzeit und Elterngeld
1619	Aushangpflichten im Betrieb
1620	Tarifbindung
1621	Sachbezugswerte
1622	Bescheinigung über abgeführte vermögenswirksame Leistungen
1623	Fahrzeiten und Arbeitszeiten – Mitteilung für Mitarbeiter
1624	Informationen zum Urlaub
1625	Aushang: Absolutes Alkoholverbot
1626	Rückzahlung von Fortbildungskosten
1627	Antrag auf Zulassung der Kündigung nach dem Mutterschutzgesetz
1628	Checkliste zur Einstellung eines Arbeitnehmers
1630	Allgemeines zur geringfügigen Beschäftigung
1631	Problematik der Scheinselbstständigkeit
1633	Urlaubsanspruch Jugendlicher
1634	Informationen für Schüler und Studenten zu Ferienjobs
1635	Grenzwerte in der Sozialversicherung
1636	Hinzuverdienstgrenzen in der Rentenversicherung
1638	Meldepflichten und -fristen bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern
1639	Arbeitsrechtliche Besonderheiten bei der Beschäftigung von Jugendlichen, Schwangeren und Schwerbehinderten
1640	Pfändungstabelle
1641	Vertrag über ein Arbeitgeberdarlehen
1643	Aufstiegs-BAföG
1644	Formular für wöchentliche Arbeitsberichte
1645	Aufzeichnungspflichten des Arbeitgebers nach § 19 Abs. 1 AEntG
1647	Einstellungsfragebogen für geringfügig Beschäftigte
1648	Gehaltsumwandlung
1649	Rente und Erwerbsminderung
1650	Kurzfristige Beschäftigungen
1651	Erläuterungen zum Ehegatten-Arbeitsvertrag
1652	Rechtliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Flüchtlingen
1653	Merkblatt zur Einstiegsqualifizierung/Betriebliches Zeugnis



Nr.	Titel des Dokuments
1654	Handwerkerpflichtversicherung
1655	Winterbauförderung
1656	Merkblatt: Meisterprüfung im Handwerk
1658	Zustimmung Veröffentlichung Fotos/Videos zu Imagezwecken
1659	Informationen zur Entgeltfortzahlung
1660	Personalfragebogen
1661	Merkblatt zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
1662	Aushang nach § 12 AGG
1664	Eingliederungszuschüsse
1669	Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz
1670	Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
1671	Krank – trotzdem Urlaub oder Urlaubsabgeltung?
1672	Ausweispflicht im Baugewerbe und anderen Wirtschaftszweigen
1673	Hinweis auf die Mitführung und Vorlagepflicht von Ausweispapieren
1674	Merkblatt: Weihnachtsgeld
1675	Kurzarbeitergeld
1676	Saison-Kurzarbeitergeld
1678	Arbeitnehmeraufklärung zur betrieblichen Altersversorgung
1679	Übersicht der wesentlichen Inhalte des Mindestlohngesetzes
1680	Verdienstausfallbescheinigung
1681	Informationen zur Arbeitnehmerüberlassung

Leseprobe

1681

Informationen zur Arbeitnehmerüberlassung

Unter Arbeitnehmerüberlassung versteht man die temporäre Überlassung eines Arbeitnehmers an ein Entleihunternehmen. Der Leiharbeiternehmer ist dabei bei dem verleihenden Unternehmen (Verleiher) angestellt und bezieht von diesem sein Entgelt. Der Verleiher überlässt diesen Arbeitnehmer seinen Kunden (Entleiher) zum Zwecke der Arbeitsleistung.

Zwischen Leiharbeiternehmer, Verleiher und Entleiher bestehen dabei die folgenden Beziehungen zueinander:



1.7 Ausbildungsverhältnisse

Nr.	Titel des Dokuments
1702	Abmahnung gegenüber einem Auszubildenden
1703	Aufhebungsvertrag Ausbildungsverhältnis
1704	Fachliche Eignung für die Ausbildung in Handwerksberufen
1705	Informationen zum Ausbildungsverhältnis
1706	Bestätigung über die erfolgte Unterweisung
1707	Fristlose Kündigung des Ausbildungsverhältnisses
1708	Checkliste Ausbildungsvertrag
1709	Ausbildungszeiten und Berufsschule
1710	Vertrag zum Besuch der Berufsfachschule
1711	Vereinbarung zur Tragung der Mehrkosten des Gesellenstücks
1712	Schwangerschaft während der Ausbildung
1713	Urlaubsanspruch von Auszubildenden
1714	Eignung von Ausbildungsstätten

Leseprobe

1714

Eignung von Ausbildungsstätten

**Empfehlung
des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung
vom 16. Dezember 2015 zur Eignung der Ausbildungsstätten**
(ersetzt die Empfehlung Nr. 13 vom 28. März 1972)

Einleitung

Mit dieser Empfehlung legt der Hauptausschuss Kriterien für die Eignung der Ausbildungsstätten und damit für die einheitliche Anwendung von §§ 27 und 32 BBiG, §§ 21 und 23 HwO vor.

1. Die gesetzlichen Bestimmungen **1.1 Eignung der Ausbildungsstätte**

Eine Ausbildungsstätte muss nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet sein (vgl. § 27 Abs. 1 Nr. 1 BBiG, § 21 Abs. 1 Nr. 1 HwO).



1.8 Betriebsvereinbarungen

Nr.	Titel des Dokuments
1801	Betriebsvereinbarung zum Arbeitsschutz
1802	Betriebsvereinbarung über Arbeitnehmerdarlehen
1803	Betriebsvereinbarung über die Anordnung von Mehrarbeit in Eilfällen
1804	Betriebsvereinbarung über ein Rauchverbot
1805	Betriebsvereinbarung über vermögenswirksame Leistungen
1806	Betriebsvereinbarung über die Zahlung einer Weihnachtsgratifikation

1.9 Arbeits- und Gesundheitsschutz

Nr.	Titel des Dokuments
1901	Fahrerausweis Gabelstapler
1902	Unterweisung Maschinen und Gefahrstoffe
1903	Betriebsanweisung Maschinen und Arbeitsmittel
1904	Gefahrstoffverzeichnis
1905	Betriebsanweisung Gefahrstoffe
1906	Betriebsanweisung Biostoffe
1907	Betriebsanweisung Organisation
1909	Belehrung nach §§ 42, 43 Infektionsschutzgesetz
1910	Allgemeiner Umgang Gefahrstoffe
1911	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
1912	Stufenweise Wiedereingliederung
1914	Persönlicher Belastungscheck
1916	Berufskrankheiten-Liste
1917	Explosionsschutzdokument gemäß Betriebssicherheitsverordnung
1919	Übersicht Ersthelfer
1920	Verbandbuch
1921	Hinweisschild: Zutritt nur für Beschäftigte
1922	Leitern-Kontrollblatt
1923	Checkliste Regalprüfung
1924	Protokoll für die Prüfung elektrischer Betriebsmittel



Nr.	Titel des Dokuments
1925	Prüffristen für Wiederholungsprüfungen elektrischer Betriebsmittel
1926	Schweißerlaubnisschein
1927	Bestellung zum Sicherheitsbeauftragten
1928	Baustellenbezogene Gefährdungsbeurteilung
1929	Betriebsanweisung – Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln
1930	Führerscheinkontrolle der Mitarbeiter
1931	Inhalt Betriebsverbandkästen
1932	Prüfprotokoll für Arbeits- und Schutzgerüste
1933	Burnout-Syndrom
1934	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator
1935	Bußgeldkatalog Arbeitsstättenverordnung

Leseprobe

1935

Bußgeldkatalog

Bußgeldkatalog für Arbeitsstätten

Lfd. Nr.	Tatbestand	gemäß ArbStättV	Regelsatz
I.	Gefährdungsbeurteilung nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig dokumentiert	Verstoß gegen § 3 Absatz 3 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Absatz 1 Nummer 1)	5.000 €
II.	Arbeitsstätten gemäß § 2 Arbeitsstättenverordnung nicht in der vorgeschriebenen Weise eingerichtet/betrieben	Verstoß gegen § 3a Absatz 1 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 9 Absatz 1 Nummer 2)	
II. 1	Verkehrswege mangelhaft/ungeeignet	§ 3a i. V. m. Anhang Nummer 1.8	5.000 €
II. 2	Schutzvorrichtung, Schutzmaßnahme fehlen/ungeeignet	§ 3a i. V. m. Anhang Nummer 2.1	5.000 €



2. Baurecht

2.1 VOB-Text, Formulare und Musterschreiben

Nr.	Titel des Dokuments
2101	Text der VOB/B 2016
2102	Bauvertrag nach VOB
2103	Bauvertrag nach VOB – Kurzform
2104	Vereinbarung der Anwendung der VOB/B als Bestandteil des Bauvertrags
2105	Subunternehmervertrag
2106	Verlangen einer Vorleistungssicherheit
2107	Nachfrist zur Beibringung einer Vorleistungssicherheit
2109	Reaktion auf Widerruf der Vorleistungssicherheit durch Sicherungsgeber
2110	Hinweis auf Mengenmehrung und Aufforderung zur Auftragserteilung
2111	Preisänderung einzelner Positionen durch Überschreitung der im Leistungsverzeichnis aufgeführten Mengensätze
2112	Preisänderung einzelner Positionen durch Unterschreitung der im Leistungsverzeichnis aufgeführten Mengensätze
2113	Vereinbarung eines neuen Preises bei Entwurfsänderung
2114	Änderung der Pauschalsumme wegen Mengenänderungen in Einheitspreis-Leistungspositionen
2115	Vergütung für die Ausführung einer nicht im Vertrag vorgesehenen Leistung/Unterbreitung Nachtragsangebot
2116	Änderung des Pauschalpreises wegen Leistungsänderung/Mengenänderung
2117	Änderung der Pauschalsumme wegen Leistungsänderung/Änderungsanordnung/sonstiger Gründe
2118	Änderung des Pauschalpreises wegen Verlangen einer Zusatzleistung
2119	Mitteilung und Anerkennungsverlangen einer Leistung ohne Auftrag
2120	Zusatzvergütung für geforderte Zeichnungen und Berechnungen
2121	Vergütung für Stundenlohnarbeiten
2122	Abstecken der Hauptachsen – Kostenhinweis für Auftraggeber
2123	Prüfung der Ausführungsunterlagen
2124	Bedenken gegen Ausführungsanordnung



Nr.	Titel des Dokuments
2125	Bedenken gegen die Ausführung/Stoffe/Vorleistungen
2126	Verpflichtung zur Bereitstellung von Lagerplätzen/Zufahrtswegen/ Wasser- und Energieanschlüssen
2127	Hinweis auf Einschaltung von Nachunternehmern
2128	Anfrage nach dem erwarteten Beginn mit den Bauleistungen
2129	Anzeige des Beginns mit den Bauleistungen nach Aufforderung
2130	Behinderung vor Baubeginn
2131	Behinderung im Verlauf der Bauausführung
2132	Mitteilung der Wiederaufnahme der Arbeiten nach Behinderung
2133	Vereinbarung der neuen Ausführungsfrist
2134	Ersatz der behinderungsbedingten Mehraufwendungen/ des behinderungsbedingten Schadens
2135	Abrechnung wegen Unterbrechung der Arbeiten
2136	Vertragskündigung/Aufforderung zur Abnahme und Aufmaß bei Unterbrechung der Arbeiten

Leseprobe

2136

Unterbrechung der Arbeiten – Vertragskündigung/Aufforderung zur Abnahme und Aufmaß

Ort, Datum

Bauvorhaben:
Vertragskündigung/Aufforderung zur Abnahme und Aufmaß (§ 6 Abs. 7 VOB/B)

Sehr geehrte Damen und Herren,

für vorbezeichnetes Bauvorhaben sind wir gemäß Vertrag vom mit der Durchführung
der-arbeiten beauftragt worden.

Am hatten wir Ihnen die Behinderung unserer Arbeiten mitgeteilt und gleichzeitig
ausgeführt, dass sich hierdurch die Ausführungsfristen verändern. Mit gleichem Schreiben hatten wir



Nr.	Titel des Dokuments
2137	Gefahrübergang – Anspruch auf Vergütung
2138	Abmahnung wegen fehlender Mitwirkung des Auftraggebers
2139	Mahnung und Kündigungsandrohung bei Zahlungsverzug
2140	Kündigung des Bauvertrags durch den Auftragnehmer
2141	Abrechnung der erbrachten Leistungen nach Kündigung des Bauvertrags durch den Auftragnehmer
2142	Fertigstellungsmitteilung
2143	Aufforderung zur Abnahme
2144	Mahnung zur Durchführung der Abnahme
2145	Abnahmeprotokoll
2146	Aufforderung zur Aufmaßnahme
2147	Anzeige über Beginn von Stundenlohnarbeiten
2148	Aufforderung zur Abschlagszahlung
2149	Mahnung hinsichtlich Abschlagszahlung
2150	Mahnung wegen Kürzung der Abschlagszahlung
2151	Abzüge von Abschlagszahlungen – Abwendung durch Bürgschaft/ Sperrkontoeinzahlung
2152	Nachfristsetzung wegen Sperrkontoeinzahlung
2153	Aufforderung zur Zahlung des Einbehalts wegen fehlender Sperrkontoeinzahlung
2154	Aufforderung zur Prüfung und Zahlung der Schlussrechnung
2155	Mahnung wegen Prüfung und Zahlung der Schlussrechnung
2156	Vorbehaltserklärung auf die Schlusszahlung
2158	Rückgabe der Sicherheit
2159	Auszahlung des Einbehalts
2160	Meinungsverschiedenheiten bei Verträgen mit Behörden – Anrufung der vorgesetzten Stelle
2161	Meinungsverschiedenheiten bei Verträgen mit Behörden – Einspruch gegen Bescheid der vorgesetzten Stelle
2163	Bauhandwerkersicherungsbürgschaft
2164	Mietvertrag für Baugeräte
2165	Mängelrüge
2166	Ablehnung der Gewährleistung



Nr.	Titel des Dokuments
2167	Ablehnung der Gewährleistung wegen Verjährung
2168	Reaktion auf Mängelbeseitigungsanspruch des Auftraggebers
2169	Ablehnung der Kostenerstattung nach Ersatzvornahme
2170	Verlängerung der Frist zur Mängelbeseitigung
2171	Zuschuss zur Mängelbeseitigung/Sicherheitsleistung
2172	Ablehnung der Gewährleistung wegen Unverhältnismäßigkeit
2173	Aufforderung zur Teilabnahme
2175	Anforderung einer Bauhandwerkersicherungsbürgschaft

2.2 Informationsblätter

Nr.	Titel des Dokuments
2201	Informationen zur VOB
2202	Absicherungsmöglichkeiten für zukünftige Werklohnansprüche
2206	Baustellenverordnung
2208	Baubetriebe-Verordnung
2209	Umsatzsteuer auf Bauleistungen
2211	Fachbauleiter-Erklärung
2213	Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe



Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe

Das Überlassen von Arbeitnehmern in Betrieben des Baugewerbes zum Erbringen von Arbeiten, die üblicherweise von Arbeitern verrichtet werden, ist gemäß § 1b AÜG grundsätzlich unzulässig.

Betriebe des Baugewerbes sind solche, die gewerblich überwiegend Bauleistungen auf dem Baumarkt erbringen. Bauleistungen sind alle Leistungen, die der Herstellung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen. Sogenannte Mischbetriebe werden von § 1b AÜG erfasst, wenn sie überwiegend Bauleistungen erbringen.

Von dieser Verbotsregelung werden jedoch die Fälle der Personalgestellung von vornherein nicht erfasst, die nicht unter den Geltungsbereich des AÜG fallen: Einsatz von Fremdarbeitnehmern aufgrund echter Werk- oder Dienstverträge oder Abordnung von Arbeitnehmern an Arbeitsgemeinschaften.

Von dem generellen Verbot der Überlassung von Arbeitern im Baugewerbe sieht das Gesetz gemäß § 1b Satz 2 AÜG zwei Ausnahmen vor. Danach ist die Überlassung von Arbeitern im Baugewerbe zulässig,

- wenn sie zwischen Betrieben des Baugewerbes und anderen Betrieben stattfindet, sofern für diese Betriebe geltende allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge dies bestimmen, oder
- wenn die Überlassung zwischen Betrieben des Baugewerbes erfolgt und der verleihende Betrieb seit mindestens drei Jahren von denselben Rahmen- und Sozialkassentarifverträgen oder von deren Allgemeinverbindlichkeit erfasst wird.

In Betrieben mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums ist die Überlassung von Arbeitnehmern gemäß § 1b Satz 3 AÜG auch dann gestattet, wenn die ausländischen Betriebe nicht von deutschen Rahmen- und Sozialkassentarifverträgen oder für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen erfasst werden, sie aber nachweislich seit mindestens drei Jahren überwiegend Tätigkeiten ausüben, die unter den Geltungsbereich derselben Rahmen- und Sozialkassentarifverträge fallen, von denen der Betrieb des Entleihers erfasst wird.

Für den Verleihbetrieb gelten die allgemeinen Vorschriften des AÜG. Der verleihende Arbeitgeber benötigt somit eine Verleiherlaubnis, soweit nicht das Gesetz selbst wieder Ausnahmen vom Erlaubniszwang vorsieht.



Förderprogramme

3. Förderprogramme

Nr.	Titel des Dokuments
3125	KMU-innovativ: Ressourceneffizienz und Klimaschutz
3301	Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)
3303	GA – Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
3305	Förderung unternehmerischen Know-hows (Unternehmensberatung)
3307	Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit
3312	Förderung von KWK-Anlagen
3315	Begabtenförderung berufliche Weiterbildung (Weiterbildungsstipendium)
3318	Integration durch Qualifizierung (IQ)
3323	AKA-Exportfinanzierungskredite

Die Förderbanken im Überblick

Bund KfW	Bankengruppe www.kfw.de
Bremen	Bremer Aufbau-Bank www.bab-bremen.de
NRW	Bürgschaftsbank NRW www.bb-nrw.de
Berlin	Investitionsbank Berlin www.ibb.de
Brandenburg	Investitionsbank des Landes Brandenburg www.ilb.de
Sachsen-Anhalt	Investitionsbank Sachsen-Anhalt www.ib-sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de
Rheinland-Pfalz	Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz www.isb.rlp.de
Meckl.-Vorpommern	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern www.lfi-mv.de
Bayern	LfA Förderbank Bayern www.lfa.de
Hessen	LTH Landestreuhandstelle Hessen www.wibank.de
Niedersachsen	NBank Niedersachsen www.nbank.de
Sachsen	Sächsische Aufbaubank www.sab.sachsen.de
Thüringen	Thüringer Aufbaubank www.aufbaubank.de



4. Unternehmensführung

Nr.	Titel des Dokuments
4001	Der einfache und der verlängerte Eigentumsvorbehalt
4002	Einfache Bürgschaftserklärung
4003	Geschäftsraummietvertrag
4005	Kaufvertrag (über bewegliche Sachen)
4006	Salvatorische Klausel
4007	Selbstschuldnerische Bürgschaft
4008	Übergabevertrag
4009	Vergleich
4010	Verjährung der Gewährleistung
4011	AGB – Das „Kleingedruckte“
4012	GmbH-Gesellschaftsvertrag
4013	Gesellschaftsvertrag einer Kommanditgesellschaft
4014	Vertrag über die Gründung einer Produktions- und Vertriebsgemeinschaft (Kooperationsvertrag)
4015	Wertermittlung des Unternehmens
4016	Standardvertrag zur Gründung einer GbR
4017	Bauabzugsbesteuerung
4018	Preisverhandlung: Fachgerechte Leistung hat ihren Preis
4019	Verzugszinsen
4020	Reaktion auf Mängelbeseitigungsansprüche
4021	Wartungsvertrag
4023	Angemessenheit von Vergütungen für Gesellschafter-Geschäftsführer
4024	Pachtvertrag für einen Handwerksbetrieb
4025	Unternehmenskaufvertrag
4026	Was das Unternehmen kosten darf
4031	Unternehmensübertragungsvertrag (gegen Versorgungsleistungen)
4032	Überblick Verjährungsfristen
4035	Mankohaftung/Fehlgeldentschädigung
4036	Sozialversicherungspflicht des GmbH-Geschäftsführers
4038	Versicherungspflicht für Handwerker



Unternehmensführung

Nr.	Titel des Dokuments
4045	Gehaltsextras – mehr Gehalt, weniger Lohnkosten
4047	Muster für einen Waren- oder Tankgutschein
4048	Vertrag über die Erstellung eines Kostenvoranschlags
4049	Unternehmensnachfolge
4050	Firmenbezeichnungen
4051	Checkliste Betriebsaufgabe
4052	Checkliste Existenzgründung im Handwerk
4053	Sponsoringvertrag
4054	Insolvenzgründe
4056	Reklamationen – Richtig reagieren
4059	Verwandtendarlehen
4062	Qualitätsmanagement
4064	Versteigerung im Internet – Internetauktionen
4065	Checkliste Businessplan
4066	Mahnungen
4067	Wartungsvertrag für elektrische Anlagen
4068	Pflichtangaben auf Rechnungen
4071	Abmahnsichere Geschäfts-E-Mail
4072	Regeln für das Unternehmertestament
4073	Stundenverrechnungssätze für Lehrlinge
4074	Mediation – ein Instrument zur Konfliktlösung
4075	Praktische Hinweise zur Kassenführung
4078	Wesentliche Unterschiede zwischen UG (haftungsbeschränkt) und GmbH
4079	Reisekostenformular – Inlandsreise
4081	Bewirtungskostenabrechnung
4083	Sicherheiten für die Bank
4084	Letter of Intent
4085	EnEV-Unternehmererklärung
4086	Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung (DL-InfoV)
4089	Forderungsabtretung
4091	Mindestentgelterklärung



Nr.	Titel des Dokuments
4092	Bewerbungskostenabrechnung
4096	Widerrufsbelehrung
4097	Stellenanzeigen und Arbeitgeber-Haftung
4100	Checkliste Datenschutz
4101	Der Datenschutzbeauftragte
4102	Informationspflichten nach der DSGVO
4103	Website: Impressum und Datenschutzerklärung
4104	Informationen zur Auftragsverarbeitung
4105	Datenschutzkonforme Videoüberwachung
4106	Datenschutz und Werbung
4107	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
4108	Technische und organisatorische Maßnahmen (TOM)
4109	Datenschutz-Folgenabschätzung
4110	Beschäftigtendatenschutz

Leseprobe

4110

Beschäftigtendatenschutz

Wer sind „Beschäftigte“?

Gemäß Bundesdatenschutzgesetz zählen zum Begriff „Beschäftigte“ folgende Personen:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Verhältnis zum Entleiher
- zu ihrer Berufsbildung Beschäftigte
- Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung (Rehabilitandinnen und Rehabilitanden)
- in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen Beschäftigte
- Freiwillige, die einen Dienst nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder dem Bundesfreiwilligendienstgesetz leisten



5. Steuern

Nr.	Titel des Dokuments
5001	AfA-Tabelle für die allgemein verwendbaren Anlagegüter
5002	AfA-Tabelle für das Baugewerbe
5003	AfA-Tabelle für das Bekleidungsgewerbe
5005	AfA-Tabelle für das Fleischerhandwerk
5006	AfA-Tabelle für das Friseurgewerbe und Schönheitssalon
5007	AfA-Tabelle für das Maler- und Lackierhandwerk
5009	Anzahlungen in der Bilanz
5010	Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe
5011	Steuerliche Aufbewahrungsfristen
5012	Steuerliche Aufzeichnungspflichten
5013	Bauabzugssteuer nach §§ 48 ff. EStG
5014	Betriebsaufgabe
5015	Betriebsaufspaltung
5016	Betriebsprüfung durch das Finanzamt
5017	Betriebsveranstaltungen
5018	Dienstwagen bei Einzelunternehmern/Personengesellschaften
5019	Dienstwagen bei GmbH-Gesellschaftern
5020	Dienstwagen bei Arbeitnehmern
5021	Erbschaftsteuer: Steuererleichterungen bei der Unternehmensnachfolge
5023	Steuerliche Fristen und Termine
5024	GmbH-Geschäftsführer – Angemessenheit der Bezüge
5025	Gesellschafter-Geschäftsführer im Steuerrecht
5026	Innergemeinschaftliche Lieferungen und Erwerbe
5027	Inventur
5028	Investitionsabzugsbetrag nach § 7g EStG
5029	Mietverträge zwischen Ehegatten und nahen Angehörigen
5030	Steuerliche Mitwirkungspflichten
5031	Rechnungen richtig ausstellen
5032	Reisekosten



Reisekosten

1. Überblick

Bei Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwendungen, Übernachtungskosten und Reisenebenkosten handelt es sich um Reisekosten, wenn diese Aufwendungen durch eine (so gut wie) ausschließlich beruflich veranlasste Auswärtstätigkeit des Arbeitnehmers entstehen.

Die berufliche Veranlassung der Auswärtstätigkeit sowie den Reiseweg und die Reisedauer hat der Arbeitnehmer aufzuzeichnen und anhand geeigneter Unterlagen (z. B. Fahrtenbuch, Tankquittungen, Hotelrechnungen etc.) nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.

Durch die Reisekostenreform 2014 wurde der bislang existierende Begriff der „regelmäßigen Arbeitsstätte“ durch den gesetzlichen Begriff der „ersten Tätigkeitsstätte“ ersetzt. Dabei sind die Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte nach den Grundsätzen der Entfernungspauschale abzurechnen und begründen somit keine Reisekostenabrechnung.

2. Definition „erste Tätigkeitsstätte“

Wie bisher kann es im jeweiligen Dienstverhältnis nur eine erste Tätigkeitsstätte geben. Die erste Tätigkeitsstätte bestimmt sich nicht mehr nach dem Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit des Arbeitnehmers, sondern wird vom Arbeitgeber festgelegt. Die Tätigkeitsstätte kann im Arbeitsvertrag oder durch anderweitige arbeitsrechtliche Regelungen festgelegt werden. Sie muss aber nicht zwingend schriftlich erfolgen.

Die erste Tätigkeitsstätte kann neben einer ortsfesten betrieblichen Einrichtung des Arbeitgebers auch eine betriebliche Einrichtung eines verbundenen Unternehmens oder eines vom Arbeitgeber bestimmten Dritten, der der Arbeitnehmer dauerhaft zugeordnet ist, sein.

Des Weiteren gilt auch eine Bildungseinrichtung, die außerhalb eines Dienstverhältnisses (z. B. bei einem Vollzeitstudium) aufgesucht wird, als erste Tätigkeitsstätte. Somit scheidet ein Ansatz der tatsächlichen Fahrtkosten zur Bildungseinrichtung aus.

3. Beruflich veranlasste Auswärtstätigkeit

Wird der Arbeitnehmer vorübergehend außerhalb seiner Wohnung und seiner ersten Tätigkeitsstätte tätig, liegt eine Auswärtstätigkeit vor. Des Weiteren liegt eine Auswärtstätigkeit vor, wenn der Arbeitnehmer bei seiner beruflichen Tätigkeit typischerweise nur an ständig wechselnden Tätigkeitsstätten oder auf einem Fahrzeug tätig wird.



Nr.	Titel des Dokuments
5033	Reverse-Charge-Verfahren
5034	Schenkungen: Freibeträge und Steuersätze
5035	Steuerliche Sonderabschreibungen nach dem Einkommensteuergesetz
5036	Spenden und Sponsoring
5037	Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen
5038	Steuerhinterziehung/Steuerverkürzung
5039	Thesaurierungsbegünstigung für nicht entnommene Gewinne
5040	Umsatzsteuerrecht: Gutschriften
5041	Umsatzsteuerrecht: Soll- und Ist-Besteuerung
5042	Umsatzsteuerrecht: Vorsteuerabzug
5043	Verdeckte Gewinnausschüttungen
5044	Vorbehalt der Nachprüfung bei Steuerbescheiden
5045	Vorratsvermögen in der Bilanz
5046	Umsatzsteuer bei Speisen und Getränken
5048	Falsche Rechnungen berichtigen

Leseprobe

5048

Falsche Rechnungen berichtigen

Für falsche Rechnungen, bei denen der Umsatzsteuerausweis berichtigt werden muss, gelten die nachfolgend aufgeführten Berichtigungsregeln.

Umsatzsteuer falsch ausgewiesen:

Weist ein Handwerker beispielsweise die Umsatzsteuer in seiner Rechnung zu hoch aus, schuldet er diese nach wie vor nach § 14 c Abs. 1 UStG dem Finanzamt. Doch diese falsche Rechnung lässt sich nach § 17 Abs. 1 EStG berichtigen. Neue Formalien sind in diesem Fall nicht zu beachten.

Beispiel: Handwerker Müller stellt eine Rechnung aus über 2.000,00 Euro zuzüglich 480,00 Euro Umsatzsteuer. Diese Umsatzsteuer – obwohl zu hoch – schuldet er nach § 14c Abs. 1 UStG. Diese falsche Rechnung kann er jedoch berichtigen, indem er sie vom Rechnungsempfänger zurückfordert und eine richtige Rechnung mit einem Umsatzsteuerausweis von 320,00 Euro ausstellt.



6. Privat

Nr.	Titel des Dokuments
6001	Betreuungsverfügung
6002	Ehegattentestament
6003	Vorsorgevollmacht
6004	Patientenverfügung
6005	Geerbtes Schwarzgeld
6007	Übersicht der Führerscheinklassen
6008	Merkblatt: Irrtümlich falsche Preisauszeichnungen
6010	Die Zugewinnngemeinschaft
6011	Düsseldorfer Tabelle
6012	Musterschreiben zur Preiserhöhung durch Gasversorger
6013	Bürgschaft zum Mietvertrag
6014	Der neue Bußgeldkatalog
6015	Mieter-Selbstauskunft
6016	Notfallkarte zur Patientenverfügung
6017	Checkliste Patientenverfügung
6019	Konto-/Depotvollmacht – Vorsorgevollmacht
6020	Kein Rückzahlungsanspruch bei Schwarzarbeit

Leseprobe 6020

Kein Rückzahlungsanspruch bei Schwarzarbeit

Entgelt für Schwarzarbeit wird auch bei Mängeln nicht zurückgezahlt. Dem Besteller, der den Werklohn bereits bezahlt hat, steht gegen den Unternehmer auch dann kein Rückzahlungsanspruch zu, wenn die Werkleistung mangelhaft ist. Dies entschied der Bundesgerichtshof (BGH) mit Urteil vom 11. Juni 2015 (Az. VII ZR 216/14).

Der Kläger beauftragte den Beklagten mit der Ausführung von Dachausbauarbeiten. Vereinbart wurde ein Werklohn von 10.000,00 € ohne Umsatzsteuer. Der Beklagte führte die Arbeiten aus und stellte eine Rechnung ohne Steuerausweis. Der Kläger zahlte den geforderten Betrag.

Mit der Klage begehrte er Rückzahlung von 8.300,00 € wegen Mängeln der Werkleistung. Das



"Damit Sie sich um Ihr Handwerk kümmern können!"

Muster, Vorlagen, Informationsblätter und vieles mehr – sofort,
jederzeit und direkt auf Ihrem Schreibtisch!

Schnell und einfach per Download.

www.dokumentenservice.net